



# Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 28. Januar 2022 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

**Z**um Ende des ersten Monats im neuen Jahr melde ich mich mit einem neuen Newsletter-Format bei Ihnen. In einer Phase, in der die Menschen von der Union klare Haltung und Standpunkte, verlangen, möchte ich meinen Beitrag leisten. Auch künftig möchte ich Ihnen berichten, welche politischen Schwerpunkte mich in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestags beschäftigt haben. Dabei soll einer kurzen inhaltlichen Darstellung von Themen auch meine politische Einschätzung bzw. Bewertung folgen.

Seit der Bundestagswahl 2021 haben sich die Rollen im Parlament verändert. Sie können sich darauf verlassen, dass ich meiner demokratischen Verpflichtung, das Handeln und die Arbeit der

Bundesregierung zu kontrollieren, gewissenhaft, konstruktiv und kritisch nachkommen werden.

Mein kommunikatives Ziel ist es dabei, die Bürgerinnen und Bürgern im Hochtaunuskreis sowie im Kreis Limburg-Weilburg auf diese Oppositionsreise transparent und mit klaren Botschaften mitzunehmen. Als direktgewählter Abgeordneter unserer Region werde ich weiterhin mit Herz und Leidenschaft alle Angelegenheiten fördern und unterstützen, die zu einer guten Entwicklung unserer Heimat führen.

Viel Spaß bei der Lektüre und ich freue mich auf Ihre Anregungen & Rückmeldungen!

Herzlichst,  
Ihr Markus Koob



**Themen der Woche** | 24.-28. Januar 2022

**Im Fokus:** Gedenktag für die NS-Opfer • SARS-CoV-2-Impfpflicht

**Weitere Themen:** Ampel verspielt Vertrauen • Deutsche G7-Präsidentschaft • Nachtragshaushalt • Situation an der Grenze zur Ukraine

## Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus

Seit 1996 ist der 27. Januar in der Bundesrepublik der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Er erinnert an die Befreiung von Auschwitz durch sowjetische Truppen. Auschwitz war ein Ort und Symbol der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie. Auch in diesem Jahr hat der Bundestag im Rahmen einer Sonderveranstaltung der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Die Gedenkreden hielten diesmal die Holocaust-Überlebende Inge Auerbacher sowie Israels Parlamentspräsident Mickey Levy.

**Standpunkt:** Dieser jährliche Gedenktag ist uns eine wichtige Mahnung zur Wachsamkeit. Der damalige Bundespräsident Roman Herzog appellierte an die Bevölkerung: „Die Erinnerung darf nicht enden“. Der Tag erinnert uns an die Abermillionen Toten, denen wir Andenken schuldig sind. Vor dem Hintergrund des nationalsozialistischen Zivilisationsbruchs stehen die Achtung und der Schutz der Menschenwürde an der Spitze unserer Verfassung und bilden damit den höchsten Rechtswert des Grundgesetzes. Dieses Postulat hat uns daher in unserer täglichen Arbeit als wertvolle Richtschnur zu leiten. Unsere Geschichte trägt uns eine besondere Verpflichtung auf, gegen jede Form von Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und Hass vorzugehen. •

## SARS-CoV-2-Impfpflicht

In dieser Woche wurde erstmals im Rahmen einer Orientierungsdebatte über die mögliche Einführung einer allgemeinen Impfpflicht diskutiert. Eine enttäuschende Impfquote und eine zu hohe Impflücke konnten erst zu einer solchen Debatte führen, galt doch lange Zeit das Gebot, die Bevölkerung durch eine Impfkampagne für eine Impfung zu überzeugen. Der aktuelle Stand: Derzeit haben wir keinen ausreichenden gesamtgesellschaftlichen

Schutz vor Omikron etabliert. Mit etwa 16,5 Millionen ungeimpften Erwachsenen und mit weniger als der Hälfte der Bevölkerung, die drei Impfdosen erhalten hat, bleibt einiges zu tun, um die erforderliche Schließung der Impflücke zu bewirken.

**Standpunkt:** Eine allgemeine Impfpflicht zum Schutz vor COVID-19 müsste sich insbesondere am Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit nach Art. 2 des Grundgesetzes messen lassen. Dabei wird die Frage der grundsätzlichen Verhältnismäßigkeit von hoher Bedeutung sein, denn der erzielbare Mehrwert für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung ist mit dem durch die Impfung bewirkten Eingriff in die körperliche Unversehrtheit der Geimpften abzuwägen. Möglicherweise ergibt sich aufgrund der sich abzeichnenden mildereren, wenngleich nicht zwangsläufig ungefährlichen, Krankheitsverläufe durch Omikron eine neue Bewertungsgrundlage. In der Debatte um die Impfpflicht glänzt die Bundesregierung durch Abwesenheit von Führung und Orientierung. Weder gibt es einen eigenen Entwurf der Bundesregierung, der eine konkrete Umsetzung in rechtlicher und administrativer Hinsicht vorschlägt, noch hat die Bundesregierung sich bislang zu dem von uns übersandten Fragenkatalog eingelassen. Die Fragen, die sich im Zusammenhang mit einer möglichen Impfpflicht stellen, sind von großer Bedeutung. Mich wird - wie meine Kolleginnen und Kollegen auch - der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz ganz maßgeblich leiten. Klar ist auch: die Impfpflicht ist keine Akutmaßnahme in der Pandemiebewältigung und richtet somit nichts gegen die akute Welle aus. Daher müssen wir angesichts der Komplexität der Materie zunächst einige wichtige Vorfragen klären, v.a. in Bezug auf die definierten Zielgruppen, die Ausnahmen sowie Fragen im Zusammenhang mit der Rechtsdurchsetzung. Mit Entschiedenheit möchte ich nochmals zur Impfung bzw. Auffrischung aufrufen. Die nötige Grundimmunität ist ein kollektives Gut zur gemeinsamen Beendigung dieser Pandemie und eine wichtige Voraussetzung für die Rückkehr zu normalen Verhältnissen. •

## Diese Regierung verspielt Vertrauen

**D**eutschland war international stets ein verlässlicher Partner und Verbündeter der in Krisensituationen Verantwortung übernommen und vermittelt hat. Bundeskanzlerin Merkel hat sich auf internationaler Ebene unermüdlich für diplomatische Lösungen eingesetzt.

**Standpunkt:** *Schon nach wenigen Wochen ist unter Bundeskanzler Scholz davon nichts mehr übrig. Nichts zu sehen und zu hören von ihm im Konflikt zwischen Russland, der Ukraine und dem Westen: keine Regierungserklärung im Parlament und keine diplomatische Initiative. So werden Zweifel an der Bündnisfähigkeit Deutschlands geweckt. Auch national zeigt die Regierung, wie schnell Vertrauen verspielt werden kann: innerhalb kürzester Zeit und ohne jede Ankündigung werden erst der Genesenenstatus von sechs auf drei Monate reduziert (um sich kurz darauf auf europäischer Ebene auf sechs Monate zu einigen) und anschließend über Nacht die Fördermöglichkeiten bei der KfW für staatlich geförderte Bau-Darlehen und Tilgungszuschüsse gestrichen. Nach den Ankündigungen im Wahlkampf zeigen die Ampel-Parteien nun auch in der Regierung, dass Eigentümer und solche, die es werden wollen, mit allem rechnen müssen. So verspielt man auf allen politischen Ebenen Vertrauen. •*

## Situation an der Grenze zur Ukraine

**M**it großer Sorge blicken wir auf die angespannte Lage in Osteuropa, wo es infolge eines russischen Truppenaufmarsches an der Ostgrenze der Ukraine nun richtigerweise zu einer Entsendung von Kriegsschiffen und Kampfflugzeugen durch die Nato gekommen ist.

**Standpunkt:** *Eine Invasion der Ukraine ist nicht hinzunehmen und auch die russische Aggression ist klar zu benennen und nicht zu relativieren. Deutschland muss im Rahmen einer abgestimmten europäischen Position seine Interessen einbringen und seine Werthaltung ausdrücken. Dabei ist eine schwierige Balance herzustellen zwischen dem Streben nach normalisiertem Verhältnis zur Russischen Föderation und dem entschiedenen Eintritt für das Selbstbestimmungsrecht der Völker. •*

## Die G7-Präsidentschaft

**D**eutschland übernimmt in diesem Jahr die Präsidentschaft der Gruppe der Sieben (G7).

**Standpunkt:** *Die G7 ist auch ein Werteverbund. Ihre Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen stellen die Freiheit und die Rechte des Individuums in den Mittelpunkt. Für die internationale Ordnung der Staatenwelt sehen sie eine funktionierende, von allen Seiten respektierte werte- und regelbasierte Ordnung als existenziell an. Gerade in Zeiten, in denen diese Ordnungsvorstellungen von autoritären und anti-demokratischen Regimen von außen und Bewegungen von innen in Frage gestellt und angegriffen werden, muss mit Entschlossenheit und Führungsstärke eine gute und effektive Zusammenarbeit entgegengesetzt werden. •*

## Nachtragshaushalt

**Standpunkt:** *Mit dem Zweiten Nachtragshaushaltsgesetz 2021 wird an den Grundfesten der Schuldenbremse, deren Einführung im Jahr 2009 als eine der bedeutsamsten Errungenschaften der deutschen Haushaltspolitik gilt, gerüttelt. Die Logik, die intergenerative Lastenverteilung zuungunsten nachfolgender Generationen zu unterbinden und das Prinzip des im Grundsatz ausgeglichenen Haushalts haben weiterhin ihre Berechtigung und Legitimation. Gegen dieses Ampel-Manöver hat unsere Fraktionsspitze richtigerweise bereits einen verfassungsrechtlichen Rechtsbehelf angekündigt. •*